

Bundes Eltern Rat

Gemeinsam für beste Bildung

Eltern im Bildungssystem – was sagt die Forschung?

Die Übergänge im Bildungssystem

Tagung der Ausschüsse „Grundschule und frühkindliche Bildung“, „Gesamt- und Gemeinschaftsschule“ und „Berufsbildende Schulen“

29.–31. März 2019
Potsdam

gefördert durch das



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Vorsitzender:

Stephan Wassmuth

Geschäftsstelle:

Bernauer Straße 100
16515 Oranienburg

Kontakt:

Tel: 0 33 01 – 57 55-37
Fax: 0 33 01 – 57 55-39

info@bundeselternrat.de
www.bundeselternrat.de

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische Sparkasse
BLZ: 160 500 00
Kto-Nr.: 3754001212

Inhalt

1. Tagungsergebnis in Kürze	3
2. Projektbeschreibung	4
3. Resolution.....	5
4. Übergänge im Bildungssystem – Weichen richtig stellen	7
5. Bildungshaus Lurup. Übergang Kita – Grundschule.....	12
6. Übergang ins Berufsleben an der KGS Schneverdingen.....	15
7. Namen, Zahlen, Fakten.....	19

1. Tagungsergebnis in Kürze

von Ursula Walther

Das stark gegliederte deutsche Bildungssystem hat zu viele Übergänge, die Kindern und Jugendlichen Probleme bereiten. Ändern lässt sich das nur mit einem mutigen Schritt über die Grenzen der Bildungseinrichtungen hinweg, den Eltern, Schulen und Schulverwaltung gemeinsam gehen müssen.

Problematische Übergänge

Der Übergang zwischen Grundschule und weiterführender Schule zeigt besonders gut, wie zufällig viele Bildungsentscheidungen sind. Niemand weiß mit Sicherheit, wie sich ein zehnjähriges Kind entwickelt. Die KMK hat das erkannt und 1997 festgestellt, dass man nicht von durchschnittlichen Eigenschaften eines Kindes ausgehen darf, sondern die Schule so gestalten muss, dass sie für die Kinder geeignet ist. Anstatt aber jedem Kind sein individuelles Lerntempo und seinen eigenen Bildungsweg zuzugestehen, wird immer noch und sogar mehr denn je jede Abweichung vom üblichen Weg mit Argwohn betrachtet. Dass der soziale Hintergrund ein wesentlicher Faktor für ungleiche Bildungschancen ist, ist seit Jahren bekannt und belegt. In der Schulpolitik hat das bisher nicht zum Umdenken geführt.

Inklusion ist anstrengend, aber sie lohnt sich

Das meinen Eltern, Erzieher, Lehrkräfte und die Kooperationspartner in dem Stadtteil von Hamburg, in dem das Bildungshaus Lurup liegt. Hier arbeiten eine Grundschule und eine Kita so eng zusammen, dass räumliche und ideelle Grenzen keine Rolle mehr spielen. Die Kooperation nützt allen: Die Kinder von null bis zehn Jahren erleben in ihrer Bildungslaufbahn keine Brüche, die Eltern werden stets einbezogen und die Pädagogen empfinden die gemeinsame Arbeit als positive Herausforderung. Ein solches Arbeitsumfeld macht zufriedener als die Arbeit in herkömmlich getrennten Einrichtungen. Das Bildungshaus nimmt alle Kinder des Einzugsgebietes auf, grenzt kein Kind aus. Überdurchschnittlich viele Kinder haben eine Behinderung oder kommen aus Migrationsfamilien, die sich bewusst für diese Einrichtung entscheiden. Der Schulerfolg der Kinder zeigt, dass Inklusion und Leistung einander nicht ausschließen.

Die leidige Schranke zwischen Schule und Ausbildung

Die kooperative Gesamtschule Schneverdingen zeigt, wie Brüche vermieden und Übergänge begleitet werden können. Sie denkt weit über die Schule hinaus. Jeder der drei Schulzweige bereitet seine Schüler*innen auf die Zeit nach der Schule vor, je nachdem auf einen Beruf oder auf ein Studium. Das gelingt mit maßgeschneiderten Programmen, zu denen auch ein Praktikum in der Universität oder ein sechsmonatiges Praktikum in einem Betrieb gehört. Die schulische Nachbetreuung, eine nachweislich erfolgreiche Maßnahme zur Unterstützung der Azubis, wird vom Ministerium nicht finanziert, weil die Hoheit der allgemeinbildenden Schule endet, sobald die Jugendlichen Berufsschüler*innen sind. Hier zeigt sich die Grenze der Systeme besonders schmerzlich.

2. Projektbeschreibung

verfasst vom Vorstand des BER

Jahresthema: „Eltern im Bildungssystem – was sagt die Forschung?“

Tagungsthema: Die Übergänge im Bildungssystem

Der Eingang in das Schulsystem wird maßgeblich vom Übergang aus der frühkindlichen Bildung in die Primarstufe geprägt. Die frühkindliche Bildung hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Es ist feststellbar, dass hier eine Verbesserung eingetreten ist. Inwieweit wirkt sich das gegebenenfalls auf das Einschulungsalter aus? Was sind die Gründe für diese Veränderungen und wie kann man das komplexe System der verpflichtenden Einganguntersuchungen näher fokussieren?

Inwieweit kann eine aktive Elternarbeit in der frühkindlichen Bildung den Eingang in das Schulsystem erleichtern? Wie können hieraus Synergien gewonnen werden, und wie kann hier Kontinuität in der Elternarbeit hergestellt werden? In der Regel beteiligen sich Eltern an den Prozessen, Ergebnissen und Konsequenzen des Schuleingangs. Erreichen wir aber wirklich alle Eltern?

Eltern können hinsichtlich der Schulfähigkeit, eines eventuell festgestellten Förderbedarfes sowie der weiteren Schullaufbahneempfehlung ihrer Kinder verunsichert werden. Dadurch kann gegenüber dem Lebens- und Sozialraum Schule eine Distanz entstehen, die einer späteren Beteiligung am Schulleben im Wege steht.

Was bewegt Eltern dazu, sich für die Bildung ihrer Kinder zu engagieren und mit ihrer Schule zusammenzuarbeiten und was hält sie davon ab? Welche unterschiedlichen Faktoren wirken hinein?

Ein weiteres Thema für Eltern ist das Wahlrecht der Eltern beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe. Wie wird es in den Ländern gehandhabt und wie wirkt sich die jeweilige Regelung für die zukünftige Elternarbeit aus?

Nicht nur ein Vergleich der Bundesländer, sondern auch ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern (Italien, Niederlande, u.a.) soll uns aufzeigen, inwieweit und welche Kriterien angesetzt werden und welche konkreten Maßnahmen aus diesen Ergebnissen für Eltern und deren Kinder in der Zeit der Schulanfangsphase vorgesehen sind und greifen. Der Vergleich und die Kenntnis dieses gesamten Prozesses und wie andere europäische Länder damit umgehen, können erklärend sein und die qualitative Entwicklung der Übergänge befruchten.

3. Resolution

von einer Redaktionskommission verfasst und von den Delegierten verabschiedet

Bildung von Anfang an zu Ende denken

Auf der Fachtagung haben wir zwei Leuchtturmprojekte kennengelernt, die aus unserer Sicht nachahmenswert sind: Das Bildungshaus Lurup in Hamburg und die Kooperative Gesamtschule Schneverdingen.

In Lurup ist ein durchgängiger Bildungsansatz von Krippe bis Grundschule unter umfassender Einbeziehung der Familien geschaffen worden. An der KGS Schneverdingen wurden für alle Bildungszweige Wege entwickelt, die Schüler*innen das Ausprobieren verschiedener Berufsbilder ermöglichen, damit sie eigenständige Entscheidungen für ihre berufliche Zukunft treffen können.

Diese Projekte zeigen, dass es Beispiele gibt, die einen sehr gut gelungenen und verzahnten Übergang zwischen den verschiedenen Institutionen und Ressorts im und jenseits des Bildungswesens darstellen. Im Allgemeinen sehen wir jedoch schwerwiegende Brüche bei diesen Übergängen, die sich negativ auf den Bildungserfolg der Schüler auswirken. Um kontinuierliche Bildungsverläufe zu gewährleisten, müssen die unterschiedlichen Einrichtungen vor Ort besser kooperieren. Hierbei ist Vertrauen zwischen den beteiligten Personen aufzubauen und zu erhalten.

„Nicht nur das Kind muss fit für die Schule sein, sondern auch die Schule für das Kind.“

Studien zeigen, dass Bildungsübergänge in Deutschland in hohem Maße vom sozialen Status und vom Bildungsgrad des Elternhauses abhängen, auch weil sich die Lehrkräfte oft bei ihren Empfehlungen durch diese Faktoren beeinflussen lassen. Kinder lernen nicht alle im gleichen Tempo. Sie haben ein Recht auf individuelle Entwicklung. Durch positive Lernerfahrungen der Kinder können bestehende Unterschiede bei kognitiven Fähigkeiten oder der sozialen Herkunft ausgeglichen werden.

Der Übergang von vorschulischer Bildung zur Grundschule wird in Deutschland seit dem entsprechenden Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 24.10.1997 aufmerksam verfolgt, die Ausgestaltung bedarf jedoch einer Weiterentwicklung. Bei den weiteren Übergängen stellen wir fest, dass diese noch weit mehr in den Fokus gerückt werden müssen. Hierbei ist auch den besonderen Förderbedarfen innerhalb des inklusiven Schulsystems Rechnung zu tragen.

Kooperationen laufen dort gut, wo mit großem persönlichem Engagement die gesetzlichen Vorgaben kreativ umgesetzt werden und die notwendige Ausstattung zur Verfügung steht. Wo die gesetzlichen Grundlagen noch nicht gegeben sind, fehlt es oft an politischem Mut, innovative Konzepte und Ideen an Schulen zu fördern und organisatorisch abzusichern.

Wir fordern daher:

Die Lehrkräfte müssen sich eigenverantwortlich weiterbilden und konsequent weitergebildet werden, damit sie in die Lage versetzt werden, den Kindern mit ihren vielfältigen Charaktereigenschaften gerecht zu werden und diese ohne Ansehen des sozialen Hintergrunds und

der Berufe des Elternhauses durch entsprechende Förderung und Forderung zu ihrem bestmöglich erreichbaren Schulabschluss zu führen. Hierfür müssen Weiterbildungskonzepte erarbeitet werden und ausreichende Ressourcen bereitgestellt werden.

Kinder brauchen Aufgaben, an denen sie wachsen und ihre Stärken einsetzen können, nicht Aufgaben, an denen sie scheitern. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei der Steigerung des Selbstvertrauens und der Wirksamkeit des eigenen Handelns zu widmen. Dies ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, die von Schulen und Eltern zu tragen ist.

Wir fordern die individuellen Bedürfnisse der Kinder bei der Organisation der Bildungsübergänge ernst zu nehmen. Das bedeutet eine engere Verzahnung und Kooperation aller an Schule Beteiligten über den gesamten Bildungsweg (Staffelstab-Prinzip). Auch alle anderen sozialen Institutionen müssen, unabhängig von Trägerschaften und Zuständigkeiten, in diesen Prozess eingebunden werden. Qualitativ hochwertige pädagogische und sonderpädagogische Betreuung in Form von multiprofessionellen Teams an allen – auch den berufsbildenden – Schulen erachten wir als zwingend notwendig. Dadurch können Brüche im Bildungsweg vermieden und der Lernerfolg entscheidend verbessert werden.

Um einen guten Start in das Schulleben zu gewährleisten, ist die Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kita und Schule schon deutlich vor der Einschulung zu beginnen.

In der Folge ist mit gezielten Maßnahmen in Form eines Berufsorientierungskonzeptes durch z. B. begleitete Praktika, Elternmitwirkung und Kooperationen mit Fachgremien die Berufs- und Studienorientierung stetig zu verbessern. Hierbei ist eine kontinuierliche Kooperation mit den Jobcentern/Universitäten/Hochschulen ein weiterer wichtiger Baustein für den Bildungserfolg der Schüler. Auch der letzte Übergang in die Ausbildung sollte über das Schulende hinaus durch die Schulen begleitet werden dürfen.

Rahmenbedingungen für Kooperationen müssen verlässlich und transparent geregelt werden. Dazu bedarf es genügender finanzieller, räumlicher und personeller Ausstattung, damit Übergänge für **alle** systematisch gelingen. Wir fordern Mut, Weitsicht und Bereitschaft der handelnden Verantwortlichen, neu entwickelte Konzepte - z. B. durch Schulversuche - zu unterstützen und voranzutreiben.

Eltern wollen als Bildungspartner ernst- und angenommen werden. Dies ist durch eine engere Zusammenarbeit und größeres Engagement aller an Schule Beteiligten möglich. Wir fordern von uns als Elternschaft alle Möglichkeiten der Mitbestimmung und Zusammenarbeit vertrauensvoll und verbindlich auszuschöpfen und wahrzunehmen. Eltern müssen durch qualifizierte, strukturierte Beratungsgespräche (etwa nach dem SMART-Prinzip¹) in die Lage versetzt werden, Entscheidungen für die Schullaufbahn im Sinne ihrer Kinder zu treffen.

„Wo kämen wir hin, wenn alle sagten, wo kämen wir hin und niemand ginge, um einmal zu schauen, wohin man käme, wenn man ginge.“ (Johann Heinrich Pestalozzi)

¹ Spezifisch Messbar Attraktiv Realistisch Terminiert

4. Übergänge im Bildungssystem – Weichen richtig stellen

Vortrag von Ulrich Vieluf¹, zusammengefasst von Ursula Walther

Übergänge im Bildungssystem sind „das anspruchsvollste Thema überhaupt“. Seit den 1990er Jahren ist der Schuleintritt Gegenstand der Forschung. Die Hamburger Längsschnittstudie LAU untersucht seit 1995, mit welchen Voraussetzungen Kinder in die Schule kommen und wie sie sich entwickeln. Inzwischen beleuchtet sie auch den Übergang zwischen den Sekundarstufen I und II und untersucht, ob es dabei zwischen dem achtjährigen und dem neunjährigen Gymnasium Unterschiede gibt. Die Berlin-Studie² begleitet die Umsetzung der Berliner Schulstrukturreform von 2010/2011, bei der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur Sekundarschule und der Übergang von der Grundschule in weiterführende Schulen neu geregelt wurden.

Von der Kita in die Grundschule

Viele Kinder wechseln beim Übergang zwischen Kita und Grundschule zum ersten Mal die Bildungseinrichtung. Manche haben da aber sogar schon drei Wechsel hinter sich: von der Krippe zur Kita, von der Kita in die Vorschulklasse und von dort in die Grundschule. Durch den heute in der Regel guten Kontakt zwischen Kita und Schule ist der Wechsel meist kein Problem. 90 Prozent aller Kinder freuen sich auf die Schule.

Die Einschulung ist heute ein gesellschaftliches Ereignis, bei dem längst mehr geboten wird als nur die in Thüringen erfundene Schultüte: Gottesdienste speziell für Schulanfänger, Feiern mit Familie und Freunden und am Ende Dankeschreiben für die zahlreichen Geschenke und Glückwünsche. Die Verlage haben die Einschulung als Umsatzquelle entdeckt und bieten den Eltern dazu jede Menge Ratgeberliteratur.

Noch in den 1980er-Jahren ging man davon aus, dass alle Sechsjährigen etwa gleich weit entwickelt sind. War ein Kindergartenkind schon weiter, sollten die Eltern es vom Lesenlernen abhalten, damit es sich in der Schule nicht langweilte. Wie verschieden Gleichaltrige sein können, wurde den Bildungsplanern in den 1990er-Jahren bewusst, als immer mehr Kinder aus unterschiedlichen Kulturen und sozialen Schichten in den Grundschulklassen saßen. Manche Eltern schulten ihr Kind außerdem vorzeitig ein. Etwa 14 Prozent der Eltern ließen ihr Kind zurückstellen, weniger aus Angst vor Überforderung als vielmehr aus rationalen Erwägungen: Sehr jung eingeschulte Kinder hatten nachweislich deutliche Nachteile.

Die Kultusministerkonferenz war alarmiert, galten deutsche Schüler im internationalen Vergleich doch ohnehin schon als zu alt. 1997 gab sie ihre „Empfehlungen zum Schulanfang“³ heraus. Rein aufs Kognitive ausgerichtete Schulfähigkeitstests, hieß es darin, genügten

¹ Wörtliche Zitate des Referenten stehen in Anführungszeichen.

² <https://www.dipf.de/de/forschung/aktuelle-projekte/berlin-studie> (abgerufen am 26.10.2019)

³ https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/Beschluesse_Veroeffentlichungen/schulanf.pdf (abgerufen am 26.10.2019)

nicht. Sie zeigten nicht, mit welchen Lern- und Entwicklungshilfen ein Kind gefördert werden könne. Bei der Orientierung an Durchschnittswerten bestehe zudem die Gefahr, Kinder, die sich in einzelnen Bereichen später entwickeln als andere, als „auffällig“ abzustempeln und unnötigen diagnostischen, therapeutischen oder pädagogischen Maßnahmen zu unterziehen. Das war zugleich eine neue Sicht auf Schule und Kind: Nicht mehr das Kind musste fit sein für die Schule, sondern die Schule geeignet fürs Kind.

Heute liegen Kinder am ersten Schultag bis zu drei Entwicklungsjahre auseinander. Jedes Bundesland hat die Schuleingangsstufe deshalb neu gestaltet, und jedes ein wenig anders. Während die einen auf jahrgangsgemischte Klassen setzen, auch um trotz Schülerschwund kleine Grundschulen zu retten, verankern die anderen im Schulgesetz eine flexible Eingangsstufe, bei der die Jahrgangsstufen eins und zwei in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden können.

Grenzsteine der Entwicklung

Für die ersten Lebensjahre eines Kindes gelten nach wie vor genau abgegrenzte Entwicklungszeitfenster, weil klar sein muss, ob ein Kind als behindert gilt und die Eltern ein Recht auf Unterstützung haben. Es gibt jedoch keinen Beleg dafür, dass Kinder sich gleich schnell entwickeln. Eine bessere Orientierung bieten die „Grenzsteine der Entwicklung“. Das sind Entwicklungsziele, die mindestens 90 Prozent aller gesunden Kinder bis zu einem bestimmten Alter erreicht haben. Da gilt es nicht gleich als Entwicklungsstörung, wenn ein Kind langsamer ist als andere. Erst wenn bestimmte Entwicklungsschritte nicht bis zu einem bestimmten Alter erreicht sind, wird das diagnostisch abgeklärt. Dass plötzlich immer mehr Kindern sonderpädagogischer Förderbedarf zugeschrieben wurde, lag nicht immer an den Kindern. Es lag auch daran, dass es für solche Kinder Zuschüsse gibt.

Eltern müssen wissen, dass die Toleranz dessen, was erreicht werden soll, extrem groß ist. „Die Einsicht, dass es normal ist, verschieden zu sein, kommt in den Schulen an.“ Weltweit entwickeln sich Mädchen allerdings nachweislich schneller als Jungen, körperlich wie kognitiv. Das macht sich an jedem Übergang bemerkbar. „Wir haben kein Recht, von Jungen und Mädchen zu verlangen, dass sie sich im Lernverhalten geschlechterneutral verhalten.“

Wenn die Entwicklung eines Kindes in Krippe und Kindergarten von Anfang an dokumentiert wird, lassen sich Abweichungen zuverlässig erkennen. Im Idealfall erhält die Schule die Unterlagen der Kita bei der Einschulung. Der BER sollte sich dafür stark machen, dass Eltern nicht aus falsch verstandenem Datenschutz die Weitergabe verhindern.

Die Schuleingangsphase am Beispiel Hamburg

Als in Hamburg die integrativen Regelklassen geschlossen werden sollten, wehrten sich die Grundschulen mit ELLi, der „Erhebung der Lernausgangslagen und der Lernentwicklung in integrativen Regelklassen“. Dabei verfolgen die Grundschulen die Entwicklung der Kinder vom ersten Schultag an. Mit welchen Voraussetzungen und Vorkenntnissen kommt ein Kind in die Schule? Welche Förderung braucht es?

Alle Viereinhalbjährigen werden getestet. Wenn die Eltern einverstanden sind, erhält die Schule das Testergebnis. Das vergleicht sie mit ihrem eigenen Lesetest am Ende der ersten und dem Mathetest am Anfang der zweiten Klasse und sieht, wie sich das Kind entwickelt hat und welche Rolle die sogenannten Vorläuferfähigkeiten spielen, also das, was das Kind schon vor der Einschulung konnte. In die Beobachtung geht nicht nur die kognitive Leistung des Kindes ein, sondern auch dessen soziale und psychosoziale Situation.

Was ist zu tun?

(Folie 21 der Präsentation)

- Kinder entwickeln sich nicht im Gleichschritt. Sie haben ein Recht auf individuelle Entwicklung; sie dürfen schneller und langsamer lernen als „der Durchschnitt“, der eben ein Durchschnitt ist.
- Wir – Eltern, pädagogische Fachkräfte, Kinderärzt*innen – haben die Aufgabe, frühzeitig Entwicklungshindernisse und -beeinträchtigungen zu erkennen.
- Es ist eine staatliche Aufgabe, Eltern durch hierfür geschultes Personal in die Lage zu versetzen, erkannte Entwicklungshindernisse und -beeinträchtigungen zu überwinden bzw. abzubauen.
- Die Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kita und Schule sollte deutlich vor der Einschulung im Sinne einer umfassenden Erziehungs- und Bildungspartnerschaft stattfinden; Kita und Schule sollten gemeinsam einen institutionenübergreifenden Bildungsauftrag wahrnehmen.
- Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung ist Zuwendung; Anzeichen für eine mögliche Vernachlässigung sollten frühzeitig in Gesprächen mit den Eltern aufgeklärt werden.
- Ein Schwerpunkt des gemeinsamen Bildungsauftrags ist die Förderung der Vorläuferfähigkeiten.

Übergang zur weiterführenden Schule

In Hamburg wählen Eltern die weiterführende Schule, die Aufnahmeprüfung wurde 1968 abgeschafft. Kinder mit einer Grundschulempfehlung für Gesamtschule/Gymnasium besuchten Ende der 1990er-Jahre noch zu gut elf Prozent die Gesamtschule, heute sind es weniger als vier Prozent.

Ob die Grundschule ein Kind für gymnasialgeeignet hält, hängt nicht nur von dessen Leistungsfähigkeit ab. Das zeigt sich an den Testergebnissen der LAU 5-Studie¹. Gut 77 Prozent der Fünftklässler*innen waren im Schuljahr 1996/97 zwar mit Gymnasialempfehlung ans Gymnasium gekommen, aber fast 40 Prozent von ihnen schnitten im Test trotzdem schlecht ab. Unter den knapp 23 Prozent Gymnasiasten ohne Gymnasialempfehlung hatte andererseits beinahe ein Drittel ein gutes Testergebnis. Eine Erklärung bietet der Blick auf die Gymnasialempfehlung, aufgeschlüsselt nach sozialen Gruppen. Kinder von Vätern ohne Schulabschluss wurden zu 15,7 Prozent zum Gymnasium empfohlen, Kinder von Vätern mit Abitur zu 69,8 Prozent. Hat der Vater keinen Schulabschluss, muss die Leistung

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/LAU-Studie> (abgerufen am 18.11.2019)

des Kindes mit 97,5 Punkten deutlich über dem Hamburger Durchschnitt von 77,6 Punkten liegen, hat er Abitur, genügen 65 Punkte. Grundschullehrkräfte gehen offenbar davon aus, dass Kinder aus bildungsnahen Familien zu Hause besser unterstützt werden. „Ein krasses Vorurteil!“

Ausländische Kinder hatten eine größere Chance auf eine Gymnasialempfehlung als deutsche, weil fehlende Deutschkenntnisse für ihre schlechtere Leistung verantwortlich gemacht werden. Doch auch die Klasse zählt. Die Aussichten auf eine Gymnasialempfehlung sind desto geringer, je besser die Mitschüler*innen sind, je mehr Eltern Akademiker sind und je mehr ausländische Kinder in der Klasse sitzen.

Übertrittsregeln

2016 regelte das Hamburgische Schulgesetz den Übertritt nach der Grundschule neu. Ab dem 15. September galt: Die Schule bespricht am Ende des ersten Halbjahres der vierten Klasse mit den Eltern, wie sie die weitere Schullaufbahn des Kindes einschätzt, die Eltern wählen „nach eingehender fachlich-pädagogischer Beratung“ die weiterführende Schule, da in diesem Alter eine Aussage über den Schulabschluss fachlich nicht möglich sei.

In anderen Bundesländern sieht das anders aus. Es gibt 16 verschiedene Wege, wie Eltern an der Übertrittsentscheidung beteiligt werden. In den meisten Ländern entscheiden nach einem Beratungsgespräch die Eltern, nur in Bayern, Sachsen und Brandenburg zählt eine Durchschnittsnote. Im Schuljahr 2018/2019 hatten bundesweit fast 60 Prozent der Gymnasiast*innen keine Gymnasialempfehlung, während es in Hamburg nur knapp 22 Prozent waren.

Zwischen 2001 und 2016 hat sich die Einschätzung der Lehrkräfte ebenso verändert wie die der Eltern. Sprachen sich 2001 noch 22 Prozent der Eltern und knapp 30 Prozent der Lehrer für die Hauptschule aus, waren es 2016 nur noch 6 beziehungsweise 17 Prozent. Für das Gymnasium entschieden sich 2001 gut 40 Prozent der Eltern und 35 Prozent der Lehrkräfte, 2016 dann 47 beziehungsweise 43 Prozent. Eine Schule mit mehreren Bildungsgängen wählten 2001 knapp 8 Prozent der Eltern, 2016 waren es 25 Prozent.

Wie erfolgreich ein Kind letztlich ist, hängt stark von seiner Selbsteinschätzung ab und davon, was die Umwelt ihm zutraut. In der Grundschule sind Mädchen in Mathe so gut wie Jungen. Am Ende der Sekundarstufe I haben sie das Vertrauen in ihre mathematischen Fähigkeiten verloren und schneiden deutlich schlechter ab. Die Angst, nicht die gewünschte Leistung zu bringen, blockiert jedes Kind und bedroht den Bildungserfolg mehr als ein ungünstiger sozialer Hintergrund. „Bei Leistungsangst nützt keine zusätzliche Mathestunde – im Gegenteil.“ Hier müssen Elternhaus und Schule besser zusammenarbeiten.

Dennoch ist der soziale Hintergrund natürlich ein ganz wesentlicher Faktor für ungleiche Bildungschancen. Das ist seit Jahren bekannt, doch „die Schulsysteme lernen nichts aus all den Veröffentlichungen und Erkenntnissen. Es wird alles immer ungerechter. Hier ist ein Aufschrei des Bundeselternrats nötig!“

Schulformwechsel

Nach Jahrgangsstufe 6 entscheidet in Hamburg die Schule, ob sie einem Kind das Abitur nach acht Jahren zutraut oder ob es an die Stadtteilschule wechseln muss, an der es neun Jahre Zeit hat. 2018/2019 wechselten fast 1000 Kinder. Viele haben das Gefühl, gescheitert zu sein, sind traumatisiert. Die Stadtteilschule baut sie wieder auf und bringt viele von ihnen zum Abitur. Der Wechsel von der Stadtteilschule zum Gymnasium ist ungleich schwieriger: Schafften das 2009/2010 noch 382 Kinder, waren es 2018/2019 nur noch 59.

Zwischen dem Abitur an einem Hamburger Gymnasium und dem Abitur an einer Stadtteilschule zeigte sich in 80 Prozent der untersuchten Fälle kein Unterschied, obwohl die leistungsstärksten Schüler*innen ja am Gymnasium sind. „Wir pathologisieren Kinder, die einen anderen Weg nehmen. Obwohl wir es besser wissen müssten, wird unsere Toleranz immer geringer.“

Inklusion und Ganztagschule

Inklusion braucht in Hamburg „einen neuen Anlauf“. Es gibt immer mehr Kinder mit speziellem Förderbedarf und mit Förderbedarf beim Lernen, der Sprache und der emotionalen Entwicklung.

Eltern sind die besten Partner für reichhaltiges Angebot der Ganztagschule. Wenn Kinder eine halbe Stunde pro Tag musizieren, bringt das für die Matheleistung mehr als eine fünfte Mathestunde.

5. Bildungshaus Lurup. Übergang Kita – Grundschule

Vortrag von Annette Berg und Ulrike Kloiber¹, zusammengefasst von Ursula Walther

Im Hamburger Bildungshaus Lurup, gegründet 2007, arbeitet die Grundschule Langbargheide mit der Kindertagesstätte Moorwisch zusammen. Das Bildungshaus sorgt für einen unkomplizierten Übergang zwischen Kita und Grundschule und bindet die Eltern von Anfang an als gleichwertige Bildungspartner ein. Dafür gab es im Mai 2019 den deutschen Kitapreis².

Aus Prinzip inklusiv

Die staatliche Grundschule Langbargheide und die Kita Moorwisch, eine Einrichtung der Evangelischen Stiftung Alsterdorf, liegen nebeneinander in einer Hochhaussiedlung, laut Sozialraumstudie dem ärmsten Gebiet im Hamburger Westen. Die räumliche Nähe der beiden Einrichtungen ist ein großer Vorteil, unverzichtbar wäre sie nicht. Im Bildungshaus lernen und leben rund 500 Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit gemeinsam. Selbst nach ihrem Wechsel an eine weiterführende Schule reißt der Kontakt nicht gänzlich ab.

Das Bildungshaus ist eine inklusive Einrichtung, die kein Kind aus dem Stadtteil abweist. Krippe, Kita und Schule besuchen leistungsstarke und durchschnittliche Kinder, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Kinder mit Migrationshintergrund. Vielfalt ist hier ein Wert, sie ist Grundlage des Lernerfolgs. Ab der 8. Lebenswoche werden die Kinder aufgenommen und sind bis zum Alter von etwa drei Jahren in der Krippe. Organisatorisch gehören sie bis zur Einschulung zu den Elementarkindern. Die gemeinsame Übergangsphase dauert bis zum Ende der zweiten Klasse, die Kinder im Bildungshaus sind also zwischen drei und acht Jahren. In der Kita treffen die Kinder nicht nur auf Erzieher*innen, sondern auch auf Lehrer*innen, die zwischen Kita und Schule eine Brücke schlagen.

Das Konzept Bildungshaus bewährt sich – und ist trotzdem auch nach zwölf erfolgreichen Jahren kein Selbstläufer. Eine derartige Zusammenarbeit erfordert starke Nerven, ein Denken, das nicht an der Grenze der eigenen Institution haltmacht und sehr viel Vertrauen. „Es gibt nicht Schöneres, als gemeinsam mit anderen etwas zu entwickeln. Wir wollen für Kinder und Eltern da sein und für den Stadtteil. Eltern sind unsere Bildungspartner, wir arbeiten gemeinsam.“

Kooperation nützt allen

Die Kooperation zwischen Kita und Schule nützt allen. Die Kinder erleben keine Brüche, die Eltern werden stets einbezogen und können sich mit der neuen Situation vertraut machen. Der ständige Austausch zwischen Schule, Kita und Eltern erspart komplizierte Bürokratie. Die Pädagogen beider Einrichtungen profitieren ebenfalls, denn die gemeinsame Arbeit ist

¹ Wörtliche Zitate der Referentinnen stehen in Anführungszeichen.

² <https://www.deutscher-kita-preis.de/Bildungshaus-Lurup> (abgerufen am 23.11.2019)

getragen von gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung. Die Arbeitszufriedenheit ist überdurchschnittlich hoch.

Da Inklusion in der Gesellschaft nicht allein durch Bildungseinrichtungen geleistet werden kann, versteht sich das Bildungshaus auch als Initialzündung für ein inklusives Quartier. Es ist mit anderen Institutionen vernetzt und kooperiert mit vielen Partnern. Das Wichtigste dabei ist die Herstellung von Strukturen, die unter der Leitidee "Von Geburt an im inklusiven Sozialraum" inklusive Praktiken und Prozesse ermöglichen.

Eltern, deren Kinder nicht in der Kita sind, bietet das Eltern-Kind-Zentrum in der Kita Moorwisch Erziehungs- Familien- und Sozialberatung an, zahlreiche kostenfreie Kurse und ein offenes Elterncafé. Manche Kurse, zum Beispiel einen Nähkurs, leiten Eltern. Das Zentrum versteht sich als Ort für Familien im Stadtteil, und beschreibt seine Arbeit in einem ausführlichen Konzept¹. Das Sonntagscafé ist auch Treffpunkt für Ältere aus dem Stadtteil.

Schule in der Kita, Kita in der Schule

Eine enge Verbindung zwischen Schule und Kita entsteht schon allein räumlich: Die Kita organisiert an der Schule den Hort, eine der jahrgangsgemischten Klassen 0/1/2 hat ihr Klassenzimmer in der Kita. In neun Lerngruppen von jeweils fünf bis acht Kindern sind Kita- und Schulkinder komplett gemischt. Das Personal arbeitet in beiden Häusern und trifft sich immer wieder zum Austausch.

Mit den Eltern führt die Kita von Anfang an Lernentwicklungsgespräche auf der Basis eines Kompetenzrasters. Dasselbe macht die Schule, denn Noten sagen wenig aus und wurden daher abgeschafft. Die Kinder lernen spielerisch und behalten auf diese Weise lange die Freude am Lernen. Jedes Kind arbeitet auf seinem Niveau und sucht sich Aufgaben, die es bewältigen kann. „Das ist Schulglück: Alle Kinder sind am Ende eines Schultages ein bisschen klüger, und keines geht mit Bauchweh nach Hause.“

Dass solches Lernen sinnvoll ist, zeigen die Zahlen aus dem Bezirksamt: Es gibt mittlerweile doppelt so viele Kinder mit mittlerem Abschluss wie früher. Bei den Lernstandserhebungen in Jahrgangsstufe 5 sind die Kinder aus dem Bildungshaus, die in der 2. Klasse oft noch weit zurückliegen, auf demselben Niveau wie die Kinder anderer Hamburger Schulen. Sie haben also einen Leistungsrückstand von bis zu zwei Jahren aufgeholt – ein Beweis dafür, dass Inklusion und Leistung kein Widerspruch sind.

Personal, Finanzierung, Organisation

Als Brennpunktschule hat die Schule Langbargheide mehr Sprachförderstunden und 19 statt 23 Kinder pro Lehrkraft. Zehn Stunden stehen für die Koordinatorin der sozialräumlichen Angebote zur Verfügung. Nur die Lehrerin, die sich um die Vorschulkinder kümmert, die drei Stunden pro Tag mit in der Klasse sind, wird nicht vom Senat finanziert. Der Personalschlüssel in der Krippe ist 1 : 6, im Elementarbereich 1 : 11, die Klassenstärke beträgt

¹ <https://www.kita-moorwisch.de/wp-content/uploads/sites/4/2019/09/Konzept-Eltern-Kind-Zentrum-2019-.pdf> (abgerufen am 23.11.2019)

19. Von den Erziehungskräften sind 40 Prozent männlich. Den Frühdienst organisieren Schule und Kita gemeinsam, das spart Personal.

Die Schulkinder – 90 Prozent mit Migrationshintergrund – kommen aus vier oder fünf verschiedenen Kitas. Wenn sie nicht aus der eigenen Kita kommen, haben sie es in der Schule schwerer. Kinder mit Behinderungen erhalten sämtliche Therapien tagsüber im Haus. Schwer behinderte Kinder haben in der Kita Heilerziehungspfleger*innen, die später ihre Schulbegleitung werden. So haben Kinder und Eltern immer dieselbe Bezugsperson. Der Dienstplan ist so ausgefeilt, dass kein Kind zu Hause bleiben muss, nur weil seine Schulbegleitung ausfällt. Die Schulbegleiter*innen, von denen alle eine einschlägige Ausbildung haben, sind den ganzen Tag in der Klasse, „kleben aber nicht ständig am Kind“. Ein Teil des Kitapersonal wechselt nachmittags, wenn in der Kita nicht mehr so viele Kinder sind, in die Schule.

Die Eltern

Die Sprachförderung nach dem Test der Viereinhalbjährigen bezieht die Eltern ein. Die Schulanmeldung findet in der Kita oder in der Schule statt, je nachdem, was für die Eltern günstiger ist. Beim Elternabend wird Kinderbetreuung angeboten, das erhöht den Zuspruch. Plätze im Elternrat sind begehrt bis zur Kampfabstimmung, und auch wenn nicht alle im Elternrat lange durchhalten, sind die Eltern doch gut zu erreichen, weil das Bildungshaus mit seinen Angeboten auf ihre Situation und ihre Bedürfnisse eingeht. Das beginnt schon mit dem großen Schild in der Veranstaltungshalle, auf dem in allen Sprachen, die in der Schule vertreten sind, „Herzlich willkommen“ steht.

Der Einschätzung von Eltern, Lehrkräften und Erzieher*innen teilen die Kooperationspartner und der gesamte Stadtteil: "Inklusion ist anstrengend, aber es lohnt sich."

6. Übergang ins Berufsleben an der KGS Schneverdingen

Vortrag von Mani Taghi-Kani und Roger Wieneke¹, zusammengefasst von Ursula Walther

Die kooperative Gesamtschule Schneverdingen besuchen 1600 Schülerinnen und Schüler: 220 die Hauptschule, 520 die Realschule, 560 das Gymnasium bis Klasse 10 und 300 die gymnasiale Oberstufe. Gemeinsamen Unterricht gibt es vor allem im Handwerklichen – Werken, textiles Gestalten –, in den kognitiven Fächern wie Deutsch, Mathe und Fremdsprachen wird getrennt unterrichtet. Die Schule bietet alle Abschlüsse, vom Förderschulabschluss bis zum Abitur. Die Schüler*innen können zwischen den Schularten wechseln, wenn die Lehrerkonferenz einem Antrag der Eltern zustimmt.

Der Wechsel aus der Grundschule

Im Grundschulzeugnis steht zwar eine Empfehlung für die weiterführende Schulart, die Entscheidung liegt in Niedersachsen jedoch bei den Eltern. Aus einer kleinen Grundschule an eine so große Schule wie die KGS zu wechseln, ist für jedes Kind eine Herausforderung. Die KGS sorgt deshalb dafür, dass die Kinder gut aufgenommen werden.

Schon im Februar sind die Klassenlehrkräfte des kommenden fünften Jahrgangs bekannt. So ist zielgerichtete Hospitation möglich: KGS-Lehrkräfte beobachten ihre künftigen Schüler*innen im Grundschulunterricht und können so den Leistungsstand einschätzen. Grundschullehrkräfte besuchen im Gegenzug den Unterricht in der KGS, um zu sehen, wie es ihren Kindern dort ergeht. Nach Rücksprache mit den Grundschullehrkräften nimmt die KGS befreundete Kinder in dieselbe Klasse auf und passt gegebenenfalls die Zusammensetzung der Klassen nachträglich an. In der Regel hat jede Klasse zwei Klassenlehrkräfte, möglichst eine Frau und einen Mann.

Im Übergabegespräch zwischen Grundschule und KGS wird in Absprache mit den Eltern festgelegt, ob ein von der Grundschule gewährter Nachteilsausgleich, zum Beispiel bei Dyskalkulie oder einer Lese-Rechtschreibstörung, weiter gelten soll. Die KGS ist in dieser Hinsicht aber eher zurückhaltend.

Die ersten eineinhalb Wochen dienen dem Kennenlernen und Eingewöhnen, Unterricht kommt erst später. Weil die vielen Buskinder zu unterschiedlichen Zeiten ankommen, ist die Schule ab 7:40 Uhr geöffnet, sozialpädagogische Fachkräfte übernehmen die Betreuung.

Das Projekt UNlwärts

Immer noch viel zu oft gehen Gymnasien in Deutschland davon aus, dass der Weg von der fünften Klasse direkt zum Abitur und dann zum Studium führt. An der KGS gibt es mehrere Wege. Weil Jugendliche vom Land oft nicht wissen, wie es an einer Universität zugeht, gibt es das Projekt UNlwärts². Nach dem Betriebspraktikum in der 10. Klasse entscheiden sich die Jugendlichen, ob sie ihr zweites Praktikum im Betrieb oder an der Hochschule machen.

¹ Wörtliche Zitate der Referenten stehen in Anführungszeichen.

² <http://www.kgs-schneverdingen.com/wp-content/uploads/2019/06/UNlwärts.pdf> (abgerufen am 25.11.2019)

Für das Hochschulpraktikum sind sie zwei Wochen lang an der Leuphana-Universität in Lüneburg und wohnen in der Jugendherberge auf dem Campus. Lehrkräfte der KGS und wissenschaftliche Mitarbeiter*innen der Universität sind dabei. Die Jugendlichen stellen aus insgesamt 133 Seminaren, Vorlesungen und Übungen ihr Programm für den jeweils folgenden Tag selbst zusammen. Das überfordert sie nicht, sind sie doch schon nach zwei Tagen deutlich „gewachsen“ und können sich in Seminaren beteiligen. Jeden Abend diskutieren sie die Erkenntnisse des Tages und das Programm für den folgenden Tag mit Lehrkräften und Unipersonal. Zu den Erkenntnissen kann es zum Beispiel gehören, dass man für ein Psychologiestudium Mathe braucht und sich bei der Kurswahl in der Oberstufe darauf einstellen sollte. Deshalb nimmt auch der Oberstufenkoordinator am Praktikum teil.

Das Praktikum soll nicht potenzielle Studenten „züchten“. Wer merkt, dass die Universität nicht das Richtige ist, und sei es wegen der anstrengenden Vorlesungen auf Englisch, geht nach dem Abitur in einen Betrieb. Wie erfolgreich das Hochschulpraktikum ist, zeigt sich daran, dass die Studierenden, die aus der KGS kommen, seltener ihr Studium abbrechen als im Bundesdurchschnitt. Auch wenn ein wissenschaftlicher Beweis für die positive Wirkung von UNlwärts aussteht: Alle Jahrgänge, die das Programm durchlaufen haben, haben einen signifikant besseren Notendurchschnitt, obwohl gleichzeitig weniger eine Klasse wiederholen.

Die beiden Wochen UNlwärts kosten 240 Euro, notfalls gibt es finanzielle Unterstützung. UNlwärts löst zugleich das Problem, dass auf dem Land Praktikumsplätze rar und, wenn vorhanden, schlecht erreichbar sind. Mit ihrem Hochschulpraktikum sind 94 Prozent zufrieden, 95 Prozent wissen, ob für sie ein Studium in Frage kommt. Welcher Studiengang das sein könnte, weiß allerdings nur die Hälfte (Zahlen von 2013). Auch die Oberstufe sehen die Jugendlichen in neuem Licht: Leistungsbereitschaft und Motivation sind bei den meisten gestiegen, sie können sich besser selbst organisieren und sind bereit, sich um einen besseren Notendurchschnitt zu bemühen.

A(ZU)Blwärts

Weil 80 Prozent der Schüler*innen den Realschulzweig der KGS mit dem mittleren Abschluss verließen und nur 20 Prozent in die gymnasiale Oberstufe wechselten, der Arbeitsmarkt aber inzwischen mehr an guten Hauptschülern als an schwachen Realschülern interessiert ist, wurde das Projekt A(ZU)Blwärts¹ entwickelt. Dabei sollen die Jugendlichen herausfinden, wie es für sie nach der 10. Klasse am besten weiter geht. Das obligatorische Betriebspraktikum wurde gestrichen. Zu den Herbstferien teilt die KGS die Jugendlichen in zwei Gruppen: eine mit dem Ziel Oberstufe (E-11), die andere mit dem Ziel Ausbildungsplatz.

E-11-Schüler*innen müssen im Zeugnis der 9. Klasse einen Notendurchschnitt haben, wie er für einen Wechsel in die Oberstufe nötig wäre. Sie besuchen sechs Monate lang einmal

¹ <http://www.kgs-schneverdingen.com/wp-content/uploads/2019/06/AZUBlwaerts.pdf> (abgerufen am 25.11.2019)

pro Woche Mathe-, Deutsch- und Englischkurse, die von Gymnasiallehrkräften erteilt werden, und schreiben dort Arbeiten auf gymnasialem Niveau, deren Noten nicht ins Real-schulzeugnis eingehen. Ziel ist es, sie mit den Ansprüchen eines Gymnasiums vertraut zu machen.

Ausbildungsplatzschüler*innen machen sechs Monate Langzeitpraktikum in einem Betrieb ihrer Wahl, betreut von KGS-Lehrkräften. Normalerweise sind sie einen Nachmittag pro Woche mindestens drei Stunden lang im Betrieb, Blockpraktika gibt es nur ausnahmsweise. Die ersten vier Praktikumswochen dienen der Orientierung. Falls der Betrieb oder die ganze Ausbildungsrichtung den Jugendlichen gar nicht liegen, können sie noch wechseln. Wer seinen Notendurchschnitt im Laufe der 10. Klasse auf mindestens 3,0 verbessert, kann zum zweiten Halbjahr noch in die E-11-Kurse einsteigen.

Die Auswertung der Jahrgänge 2015 bis 2018 ergab: Acht Prozent der Jugendlichen wiederholen die 10. Klasse – nicht weil sie müssten, sondern für bessere Noten. 13 Prozent wechseln an eine andere Schule und 25 Prozent in die gymnasiale Oberstufe. 54 Prozent haben einen Ausbildungsplatz, Vermittlungsquote 100 Prozent. Die Betriebe finden A/ZU)Blwärts überwiegend sehr gut, die Schüler*innen ebenfalls.

JOBwärts

Seit 2012 gibt es im Hauptschulzweig der KGS das Projekt JOBwärts¹. Hier „werden schwache Hauptschüler zu erfolgreichen Auszubildenden“, denn die KGS sorgt für einen nahtlosen Übergang zur berufsbildenden Schule. Das war nötig geworden, weil es immer schwieriger wurde, für Hauptschulabgänger einen Ausbildungsplatz zu finden. Noch 2011 bewegte sich die Vermittlungsquote auf dem denkbar niedrigsten Niveau, aber schon 2012 stieg sie auf über 90 Prozent. 2018 fanden schließlich alle Hauptschüler*innen der KGS einen Ausbildungsplatz.

Bei JOBwärts besuchen die Neuntklässler*innen vier Schulstunden pro Woche den Unterricht an der berufsbildenden Schule in Soltau (BBS), in einem Berufsfeld, für das sie sich am Ende der 8. Klasse bei einem Schnuppertag entschieden haben. Zur Wahl stehen Bau-berufe, Metallberufe, Hotel- und Gaststättenberufe und das Berufsfeld Pflege/Körperpflege. Über das Gelernte müssen sie einen Bericht schreiben, der benotet wird.

Beruf coaching ist an der KGS Teil des Ganztagsprogramms. Dazu gehören u.a.:

- Berufsorientierung (mit dem Jobcenter)
- Optimierung der Berichte für die BBS Soltau
- Bewerbungstraining
- Vermittlung freiwilliger Praktika
- Betriebsbesichtigungen
- Anmeldung an der Berufsfachschule

¹ <http://www.kgs-schneverdingen.com/wp-content/uploads/2019/06/JOBwaerts.pdf> (abgerufen am 25.11.2019)

Zu Beginn des neunten Schuljahres führen Kinder und Eltern ein Gespräch mit dem Jobcenter, am zweiten Gespräch zu Beginn des zweiten Halbjahres nehmen auch Lehrkräfte der KGS und der BBS teil. Nun folgt ein viertägiges Kompaktseminar auf dem Jugendhof Ildingen, bei dem die Jugendlichen mit Unterstützung von Lehrkräften, Sozialpädagogen und der Berufsbetreuerin die „letzten Weichen“ für ihren weiteren Bildungsweg stellen. Dazu gehört auch die Vermittlung von Vorstellungsgesprächen.

Die Zuständigkeit der allgemeinbildenden Schule endet, sobald die Jugendlichen in Ausbildung sind. Die „schulische Nachbetreuung“, ein entscheidender Teil des Projekts JOBwärts, war deshalb offiziell gar nicht zulässig. Erst nach intensiver Öffentlichkeitsarbeit wurde sie mit einem Einzelerlass genehmigt. Weil das Ministerium das nachweislich erfolgreiche Projekt aber nicht finanzieren mochte, führte die KGS es sieben Jahre lang sozusagen mit Bordmitteln durch, nahm die Lehrerstunden also aus dem eigenen Kontingent. Diese Stunden fehlten dann an anderer Stelle, und die Schule konnte und wollte das schließlich nicht mehr verantworten.

Auf der Website des niedersächsischen Ministerpräsidenten hieß es im Mai 2013:

„In Schneverdingen finde ich das Projekt ‚JOBwärts‘ beeindruckend - Lehrer halten auch nach der Schulzeit systematisch Kontakt mit ihren ehemaligen Schülerinnen und Schülern und helfen, wenn es in der Ausbildung mal kriselt. Immerhin ein Viertel aller Ausbildungsverträge wird nämlich im Durchschnitt nicht zu Ende geführt. Eine solche ‚Nachsorge‘ kann da schon sehr hilfreich sein.“

Auch das Ministerium war von der schulischen Nachbetreuung begeistert. Die Begeisterung führte allerdings nicht dazu, dass es sie finanzieren oder gar in ganz Niedersachsen einführen wollte.

7. Namen, Zahlen, Fakten

Ort

Potsdam

Zeit

Freitag 29. März 2019, 16 Uhr, bis Sonntag 31. März 2019, 12 Uhr

Leitung der Tagung

- Marc Keynejad, stellvertretender Vorsitzender
- Martina Richter, stellvertretende Vorsitzende

Protokoll

Thüringen

Delegierte

38 Elternvertreter*innen aus 15 Bundesländern

Referent*innen

- **Annette Berg**, Leiterin der Schule Langbargheide in Hamburg
- **Ulrike Kloiber**, Leiterin des Bildungshauses Lurup in Hamburg
- **Mani Taghi-Kani**, Direktor der Kooperativen Gesamtschule Schneverdingen
- **Ulrich Vieluf**, vernetzt lernen GbR – Arbeitsgemeinschaft Beratung und Beteiligung innovativer Bildungsprojekte
- **Roger Wieneke**, Lehrer an der Kooperativen Gesamtschule Schneverdingen

Dokumentation

Einen Auszug aus der Dokumentation haben alle Mitglieder des Bundeselternrats als PDF erhalten. Die komplette Dokumentation steht im internen Teil der BER-Website zum Herunterladen bereit. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung erhält die Dokumentation in vierfacher Ausfertigung.

Finanzierung

Die Tagung wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Redaktion der Dokumentation

Ursula Walther

Quellen

Die Präsentationen zu den Vorträgen sind im internen Teil der BER-Website zu finden und sind, soweit dem keine urheberrechtlichen Gründe entgegenstehen, bei der Geschäftsstelle erhältlich.